

VAV Wohnbarometer: Nachhaltigkeit und Umwelt – Akzeptanz finanzieller Einschränkungen sinkt

- **45 Prozent lehnen finanzielle Nachteile für den Umweltschutz überhaupt ab**
- **Inflation und teure Energie als Ursache**
- **Jüngere verzichten auf Fleisch, Ältere kaufen regional**
- **Höhere Einkommensgruppen verzichten auf Autofahrten**

Laut dem Wohnbarometer der VAV ist die Bereitschaft, zugunsten der Umwelt finanzielle Nachteile auf sich zu nehmen binnen Jahresfrist deutlich gesunken. Nach den aktuellen Daten würden einer lebenswerten Umwelt zuliebe 19 Prozent der Bevölkerung höhere Treibstoffpreise akzeptieren. 10 Prozent könnten sich mit einer höheren Besteuerung von Energie anfreunden und 13 Prozent mit höheren Kfz-Steuern. 42 Prozent hätten nichts gegen Steuerzuschläge für umweltschädliche Produkte und fünf Prozent können sich eine generell höhere Mehrwertsteuer vorstellen.

Die Vergleichsdaten aus 2021 zeigen durchwegs höhere Zustimmungsraten. So konnten sich damals noch 15 Prozent höhere Energiepreise vorstellen, 21 Prozent höhere Treibstoffpreise, 13 Prozent eine Verteuerung von Energiegebühren und 14 Prozent höhere Kfz-Steuern. 45 Prozent stimmten Steuerzuschlägen für umweltschädliche Produkte zu und neun Prozent einer durchgängigen Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Heute lehnen 45 Prozent der Studienteilnehmer*innen finanzielle Einschränkungen zugunsten einer lebenswerten Umwelt überhaupt ab, um sechs Prozentpunkte mehr als 2021 als der Vergleichswert 39 Prozent betrug. Unter Proband*innen, die nach eigenen Angaben nicht umweltbewusst leben, liegt die Ablehnung bei hohen 67 Prozent.

Eine Ausnahme von dem allgemeinen Trend sinkender Zustimmung zeigt sich bei der Abfrage von Kfz-Abgaben in Zusammenhang mit gefahrenen Kilometern. Hier nehmen 26

nach vormals 22 Prozent eine Berechnung in Abhängigkeit von der tatsächlichen Fahrleistung positiv auf. Sven Rabe, Vorstandsvorsitzender der VAV Versicherung: „Zwischen den beiden Studien liegt eine Periode hoher Energiepreise und hoher Inflation, die den Bürger*innen bereits finanzielle Einbußen abverlangten. Insofern sind die sinkenden Zustimmungsraten nicht verwunderlich bzw. bei Verbesserung der wirtschaftlichen Situation auch nicht dauerhaft.“

Hohe Zustimmung zu Extrabesteuerung umweltschädlicher Produkte

Über alle abgefragten Kriterien hinweg erhält das Thema „höhere Besteuerung umweltschädlicher Produkte“ mit 42 Prozent die größte Zustimmung, sie nimmt mit der Höhe des Monatseinkommens zu und beträgt in der Top-Einkommensklasse über 3.000 Euro monatlich sogar 49 Prozent. Die Zustimmung zu den einzelnen Vorschlägen von Aufschlägen zu Energiepreisen bis zu Erhöhungen der Mehrwertsteuer ist generell sehr stark vom Einkommen beeinflusst. Grundsätzlich gilt: je höher der monatlich verfügbare Betrag, umso eher wird mit „Ja“ geantwortet. Verstärkend wirkt auch ein umweltbewusster Lebensstil. Wer seine Gewohnheiten als ressourcenschonend einschätzt, stimmt eher finanziellen Opfern zu.

Regionale Produkte sind beliebt

Wie in den Vorjahren steht auch heuer der regionale Einkauf hoch im Kurs. 64 Prozent würden wegen des Erhalts einer lebenswerten Umwelt regional produzierte Lebensmittel bevorzugen, 53 Prozent den Kauf von Artikeln mit langen Transportwegen unterlassen, 44 Prozent ausschließlich Produkte mit langer Lebensdauer erwerben und 33 Prozent weniger reisen. 34 Prozent würden im Sommer die Klimaanlage abschalten, 20 Prozent kein Fleisch essen und 16 Prozent auf ein eigenes Auto verzichten. Über alle Kriterien gesehen zeigt auch hier die Gruppe mit dem niedrigsten Einkommen die geringste Bereitschaft zu Einschränkungen. Rabe: „Die Bereitschaft als auch überhaupt die Möglichkeit einer Änderung ist in Abhängigkeit von den finanziellen Möglichkeiten zu sehen. Wer die elementaren Grundbedürfnisse nicht finanzieren kann, wird auch weiteren Belastungen sehr ablehnend gegenüberstehen.“

Unterschiedliche Präferenzen treten je nach Alter der Studienteilnehmer*innen zutage. Auf den Punkt gebracht ist die Aussage, dass für jüngere Konsument*innen der Verzicht auf

Fleisch eine Option ist und ältere Respondent*innen eher zu regionalen Produkten tendieren. Mit 26 Prozent spricht sich mehr als jede*r vierte Teilnehmer*in unter 30 Jahren gegen den Fleischkonsum aus, bei den über 50jährigen sind es 18 Prozent. Umgekehrt bevorzugen 66 Prozent der Bürger*innen über 50 Jahre regionale Lebensmittel, unter den Jüngeren sind es 59 Prozent.

Das Wohnbarometer der VAV

Für die Studie wurden vom österreichischen Gallup Institut 1.000 Probandinnen und Probanden von 18 Jahren und älter in ganz Österreich befragt. Befragungszeitraum war der Februar 2023. Ergebnisse sind über die Internetdomain wohnbarometer.vav.at abrufbar.

Über die VAV Versicherungs-Aktiengesellschaft

Die VAV Versicherungs-Aktiengesellschaft ist ein innovatives Versicherungsunternehmen, das seinen Kund*innen im Segment Schaden/Unfall optimale Lösungen anbietet. Die VAV ist seit 1974 in Österreich etabliert und sowohl im Privatkundengeschäft mit den Schwerpunkten KFZ, Eigenheim, Haushalt, Rechtsschutz und Unfall als auch im Firmenkundengeschäft tätig. Hier liegt die Expertise vor allem in den Bereichen Bauwesen, Haftpflicht und Sachversicherung.

Die VAV ist eine Tochtergesellschaft der deutschen VHV Versicherungsgesellschaft mit Sitz in Hannover. Das Unternehmen beschäftigt derzeit rund 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Vertrieb erfolgt durch unabhängige Makler/Agenten und für Kund*innen, die ihre Versicherung online abschließen wollen, über die Website www.vav.at.

Attachments:

- 1. Foto: Sven Rabe, Vorsitzender des Vorstandes der VAV Versicherung**
- 2. Folie: Finanzielle Einschränkungen für die Umwelt**
- 3. Folie: Finanzielle Einschränkungen für die Umwelt, Jahresvergleich**
- 4. Folie: Persönliche Einschränkungen für die Umwelt**
- 5. Folie: Persönliche Einschränkungen für die Umwelt, Jahresvergleich**



Rückfragehinweis:

Dr. Sabine Hartzhauser, LL.M.

VAV Versicherungs-AG

Münzgasse 6

1030 Wien

Tel.: +43 1 716 07-704

Email: sabine.hartzhauser@vav.at